auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Wir werden uns auch durch Gegendarstellungen der DDR nicht davon abhalten lassen, auch künftig zur deutschen Frage Stellung zu nehmen, wo wir dies für richtig halten. Wir müssen allerdings wissen, von den Vereinten Nationen war und ist gegenwärtig keine Lösung der deutschen Frage zu erwarten.

Zwischen den beiden deutschen Delegationen in den Vereinten Nationen bestehen korrekte Beziehungen. Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit sind aufgrund der Zugehörigkeit beider Staaten zu verschiedenen Wirtschaftsgruppierungen und Bündnissystemen naturgemäß selten. In diesem Jahr brachten wir und die DDR zusammen mit Österreich einen gemeinsamen Resolutionsentwurf ein, mit dem wir die Übersetzung der wichtigsten VN-Dokumente in die deutsche Sprache erfolgreich beantragten.

Aus der deutschen Teilung ergibt sich ferner ein besonders starkes Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Verwirklichung der Menschenrechte. Wir treten für dieses Ziel auch in den Vereinten Nationen ein. Die heutige Realität der Vereinten Nationen setzt uns hier jedoch einen engen Spielraum. Wenn die Mehrheit in den Vereinten Nationen von Menschenrechten spricht, so steht für sie etwas anderes als für uns im Vordergrund. Wir denken an die Rechte des Einzelnen, die Dritte Welt hat die Rechte einer Gruppe im Auge, das heißt konkret die Kollektivrechte der farbigen Einwohner in Südafrika und Südrhodesien sowie die Kollektivrechte der Palästinenser in Israel. Das Menschenrechtsthema hat sich also zu einem Nebenschauplatz des Kampfes gegen Kolonialismus und Rassismus und des Nahostkonflikts entwickelt. Vielleicht können wir hoffen, wenn diese Konflikte gelöst sind, daß unser Thema der Individualrechte größere Resonanz bei der Mehrheit findet.

Lassen Sie mich zum Schluß feststellen:

> Die Vereinten Nationen sind in eine Phase der Veränderung eingetreten,
> sie sind dennoch — oder gerade deswegen — heute nötiger denn je,
> die Grenzen des Tragbaren aufzuzeigen, wird Aufgabe dieses Jahres sein,
> für uns darf es nicht heißen: Konfrontation, sondern muß es bedeuten: Kooperation.

Neue Internationale Wirtschaftsordnung im Industriebereich?

UNIDO-Generalkonferenz in Lima wirft ihre Schatten voraus

EBERHARD KURTH

Der Autor, seit Jahren beruflich mit den Organisationen des UN-Systems befaßt, gewann während seiner Tätigkeit an der deutschen Vertretung bei den internationalen Organisationen in Wien vertieften Einblick in die Struktur und Arbeitsweise der UNIDO. Als zuständiger VN-Referent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist er nunmehr mit der Koordinierung der deutschen Vorbereitungen für die Lima-Konferenz betraut und hat in dieser Eigenschaft an allen Vorkonferenzen teilgenommen. Der nachstehende Beitrag enthält dennoch ausschließlich persönliche Auffassungen des Verfassers.

I. Vorgeschichte und Zielsetzung der Konferenz

Die Vorbereitungen für die 2. Generalkonferenz der VN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO)[1] laufen auf volle Touren. Mehr als 140 Staaten wurden für die Zeit vom 12. bis 26. März 1975 nach Lima eingeladen. Die peruanische Regierung hat sich die Ausrichtung dieses entwicklungspolitischen Großereignisses etwas kosten lassen und aus diesem Anlaß sogar ein neues Konferenzzentrum errichtet.

Die erste Konferenz der UNIDO ähnlichen Ausmasses fand im Jahre 1971 am Sitz der Organisation in Wien statt. Sie war jedoch in ihrer Zielsetzung wesentlich bescheidener. Seinerzeit ging es darum, diese relativ junge VN-Organisation einer allgemeinen Überprüfung zu unterwerfen, die das Ziel hatte, durch geeignete Beschlüsse die Effizienz der von ihr geleisteten Arbeit zu steigern und neue Wege zu suchen. Sie war eher konzipiert als eine erste Generalkonferenz von der Art, wie sie auch von anderen VN-Fachorganisationen regelmäßig abgehalten werden, und befaßte sich fast ausschließlich mit den Problemen der Organisation selbst, ihrer zukünftigen Ausrichtung und mit dem Beitrag, den die UNIDO im Rahmen des VN-Entwicklungssystems zur Förderung des Industrialisierungsprozesses der Entwicklungsländer leisten könnte. Die im Konsensus verabschiedete Schlußresolution[2] enthält dementsprechend eine Reihe von Empfehlungen, die in erster Linie auf eine Verbesserung und Straffung des VN-Systems für die Hilfe im industriellen Bereich und die Lösung offener organisatorischer Probleme der UNIDO gerichtet waren. Vor allem zielten die verabschiedeten Empfehlungen auf die Entwicklung einer langfristigen Strategie für die praktische Arbeit der UNIDO ab. Denn in allen Ländergruppen herrschte der Eindruck vor, daß es der UNIDO nach einer geschlossenen Konzeption für ihre Aktivitäten fehle.

Die ursprüngliche Forderung der Entwicklungsländer, regelmäßige Generalkonferenzen dieser Art abzuhalten, um in gewissen Zeitabständen allen teilnahmeberechtigten Staaten die Möglichkeit zu geben, an der Gestaltung der Arbeiten dieser universellen VN-Organisation mitzuwirken, wurde von den Industrieländern nicht akzeptiert. Es wurde jedoch im Wege des Kompromisses dahingehend Einigkeit erzielt, 1974/75 eine weitere UNIDO-Generalkonferenz abzuhalten, die u. a. dazu dienen sollte, die zur Mitte der Zweiten VN-Entwicklungsdekade erreichten Fortschritte der Entwicklungsländer im industriellen Bereich zu überprüfen und die bis dahin zu entwickelnde langfristige Strategie für die Arbeiten der UNIDO sowie deren organisatorische Struktur erneut zu diskutieren.

Bereits 1972 traf die 27. VN-Vollversammlung eine weitere Grundsatzentscheidung[3], in dem sie den Zeitpunkt für die Konferenz auf das Frühjahr 1975 festlegte. Gleichzeitig betraute sie den Rat für industrielle Entwicklung und dessen Ständigen Ausschuß damit, die Konferenz vorzubereiten, einschließlich der Aufstellung einer Tagesordnung und der Ausarbeitung von Vorschlägen und Empfehlungen. Schon im Frühstadium der Vorbereitungsarbeiten zeichnete sich deutlich ab, daß die Entwicklungsländer von dieser nächsten UNIDO-Generalkonferenz erheblich mehr erwarteten als nur die routinemäßige Überprüfung der erreichten Fortschritte im Rahmen der allgemeinen Untersuchungen über die Erreichung der Zielsetzungen für die zweite VN-Entwicklungsdekade. Bei den Verhandlungen über die Tagesordnung versuchten sie die Verabschiedung einer internationalen Deklaration über die Industrialisierung der Entwicklungsländer zum Zentralthema für die Konferenz zu machen[4]. Der anfangs erfolgreiche Widerstand der westlichen Industrieländer gegen eine solche Deklaration wurde schließlich unter wachsendem politischen

Druck während der 28. VN-Vollversammlung aufgegeben. Die dort einstimmig verabschiedete Entschließung[5] enthält das klare Mandat an die Konferenz, sich folgenden Aufgaben zu widmen:

1. Prüfung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern sowie der Entwicklungsländer untereinander im Rahmen des Industrialisierungsprozesses mit dem Ziel der
2. Aufstellung von Grundprinzipien für eine internationale Deklaration über industrielle Entwicklung und Zusammenarbeit und der
3. Ausarbeitung eines umfassenden Aktionsplans zur Unterstützung der Entwicklungsländer, besonders der am wenigsten entwickelten, bei ihren Anstrengungen, den Industrialisierungsprozeß zu beschleunigen und einen angemessenen Anteil an den industriellen Aktivitäten im Rahmen einer neuen internationalen Arbeitsteilung zu erreichen.

Damit waren die Weichen neu gestellt. Die ursprünglich starke Ausrichtung auf die Überprüfung der Fortschritte im internationalen Bereich zur Mitte der Zweiten VN-Entwicklungsdekade wich einer Neuorientierung auf ehrgeizigere Ziele. Es war klar, daß es sich nunmehr um eine Weltindustrialisierungskonferenz unter der Aegide der Vereinten Nationen handeln würde, die weit über den gegenwärtigen oder künftig denkbaren Aktionsradius der UNIDO hinausgeht.

II. Neue weltwirtschaftliche Situation gefährdet Industriewachstum

Rückblickend betrachtet, stellt sich die Wahl des Zeitpunktes und die Ausweitung des Mandats für die Konferenz fast als zielstrebige Vorausplannng unter Einbeziehung künftiger Entwicklungen dar. Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Ereignisse in den vergangenen 18 Monaten gewinnt die Lima-Konferenz zusätzlich an Bedeutung. Die überall sichtbaren weltweiten Konsequenzen, die sich in Industrieländern und Entwicklungsländern aus der Energiekrise ergeben haben, machten es allerseits hinreichend deutlich, daß die bewährte geltende internationale Wirtschaftsordnung auch ins Wanken geraten kann. Die langfristig erarbeiteten Konzeptionen für die Entwicklungshilfe, die bisherige Aufteilung der Welt in Geber- und Nehmerländer, die Modelle und Pläne für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Industrieländern und den Staaten der Dritten Welt sowie viele andere gängige Denkkategorien erwiesen sich plötzlich als lückenhaft und revisionsbedürftig. Fast über Nacht zeigte sich, wie verwundbar zumindest diejenigen Industrieländer sind, die hinsichtlich einer gesicherten Energie- und Rohstoffversorgung auf ständige Importe aus den Entwicklungsländern angewiesen sind. Die übliche These von der einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern erwies sich damit zumindest teilweise als ein Klischee. Vor allem die Erdölverteuerung und die bewußte Verknappungspolitik der Erzeugerländer für diesen lebenswichtigen und nur begrenzt substitionsfähigen Rohstoff führten bei vielen Industrieländern zu erheblichen Zahlungsbilanzdefiziten, beeinträchtigten ihr Wirtschaftswachstum und damit auch ihre Fähigkeit, weiterhin die Finanzhilfe für die wirklich bedürftigen Entwicklungsländer weiterhin wesentlich zu steigern.

Katastrophale Auswirkungen hatten die Ölpreiserhöhungen auf die wirtschaftliche Situation vieler Entwicklungsländer. Insbesondere die rohstoffarmen Länder, die für ihren bescheidenen Fortschritte bei der Industrialisierung ebenfalls auf Erdöl als Energieträger angewiesen sind, werden sich bei weiter steigenden Preisen derartige Importe kaum noch leisten können. Was die Entwicklungsländer 1974 zusätzlich für Erdöleinfuhren aufwenden mußten, entspricht nach letzten Schätzungen etwa der gesamten öffentlichen Finanzhilfe der in der OECD zusammengeschlossenen Geber für 1972. Dies zeigt die Dimension des Problems. Noch verheerender wirkte sich die ebenfalls aus der Ölkrise resultierende Verknappung und Verteuerung von Düngemitteln aus. Die ohnehin schon unzureichende Nahrungsmittelproduktion in vielen Ländern wurde dadurch noch weiter vermindert und führte zu akuten Hungersnöten. In einer Reihe von Ländern geht es nicht mehr um Wohlstandsverbesserung, sondern nur noch um das bloße Überleben.

Die Energiekrise mit ihren Verteuerungen für Erdöl und anderen Rohstoffen heizte die ohnehin kaum noch kontrollierbare weltweite Inflation zusätzlich an. In ihrem Gefolge stiegen weiterhin die Preise für notwendige Industriegüter, die die Entwicklungsländer einführen müssen, um den erforderlichen Bedarf zu decken. Dies bedeutet eine weitere untragbare Belastung für die Auslandsverschuldung dieser Länder. Zu der Gruppe der 25 ›least developed countries‹, die weltweit als besonders hilfebedürftig anerkannt werden, kam nun noch die Gruppe der MSA-Länder[6], zu denen vor allem die Länder auf dem indischen Subkontinent zählen. Wie soll sich unter solchen Bedingungen wesentliches industrielles Wachstum in den Entwicklungsländern ergeben. Die in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts berechtigte Hoffnung, daß die in der VN-Strategie zur Zweiten Entwicklungsdekade gesetzten Wachstumsziele auch für den industriellen Bereich in möglichst vielen Ländern erreicht werden können, sind mehr als trügerisch geworden.

Die eigentlichen Nutznießer dieser Entwicklung sind diejenigen Länder, die über knappe, von der Hausse erfaßten Rohstoffe verfügen. Vor allem aber profitierten die in der OPEC zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Länder. Die Zahlungsbilanzdefizite in Industrieländern und Entwicklungsländern führten bei den Ölländern zu entsprechenden Überschüssen. Ihre Mehreinnahmen aus den Ölpreiserhöhungen erreichten Größenordnungen, die alle bisherigen Vorstellungen übertrafen. Selbst diejenigen mit großen Bevölkerungen, sieht man von Indonesien und Nigeria einmal ab, sind kaum imstande, ihre Einnahmen sinnvoll in die Weiterentwicklung der eigenen Wirtschaft zu investieren. Wenn man auch einräumen muß, daß einige von ihnen erhebliche Summen für die Unterstützung anderer Entwicklungsländer zur Verfügung stellen, so ist ein systematisches ›recycling‹ dieser Überschüsse in den weltweiten Entwicklungsprozeß doch noch in weiter Ferne. Auch sind die Ölländer, besonders die arabischen, bisher kaum bereit, größere Summen in die hergebrachten multilateralen Hilfeinstitutionen der Weltbankgruppe und des VN-Entwicklungssystem einzuschleusen. Sie gehen bei ihren Investitionen meist sehr selektiv eigene und überwiegend bilaterale Wege. Dabei achten sie sehr genau auf Bonität und Ertrag ihrer Anlagen. Hier ist in kurzer Zeit eine neue Gruppe von Ländern zu erheblicher Wirtschaftsmacht gelangt, die aber auch Verantwortung mit sich gebracht hat. Auch diese Problematik wird in Lima zur Diskussion stehen.

III. Die 6. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen

Diese vorstehend grob umrissene veränderte weltwirtschaftliche Situation führte zur Einberufung der 6. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Rohstoffe und Entwicklung, der ersten VN-Vollversammlung, die sich ausschließlich mit wirtschaftspolitischen Fragen befaßte. Der Ablauf dieser Konferenz verdeutlichte ein neues Selbstverständnis der Entwicklungsländer und zeigte, daß der wirtschaftliche Umverteilungskampf auch in den Vereinten Nationen mit aller Härte begonnen hat. Die politische Unabhängigkeit ist praktisch überall erreicht. Jetzt geht es den Entwicklungsländern um die volle wirtschaftliche Souveränität. Die Länder der Dritten Welt zeigten selbstbewußt, daß sie zum erstenmal aus einer realen Machtposition heraus mit den Industrieländern argumentieren wollten. Obwohl viele Länder keines-

wegs über eine solche eigene Machtposition verfügen, gewinnen sie sie doch durch die Solidarität mit den Mächtigen. Nur so wird das Auftreten der Entwicklungsländer als geschlossener Block in der ›Gruppe 77‹ trotz erheblich unterschiedlicher Interessenlage verständlich. Das Wort Interdependenz, das die Entwicklungsländer früher nicht gern hörten, gewann plötzlich für sie eine neue Bedeutung.

Die 6. Sondergeneralversammlung führte zur Verabschiedung einer Deklaration und eines Aktionsprogramms zur Errichtung einer neuen Internationalen Wirtschaftsordnung im Konsensus[7], womit auch von den Industrieländern grundsätzlich anerkannt wurde, daß eine neue Ära in den wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt begonnen hat. Zwar wurden als Ergänzung zu dem Konsensus eine Reihe von generellen und speziellen Vorbehalten von vielen Industrieländern zu Protokoll gegeben. Der grundsätzliche politische Wille, zur Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung konstruktiv beizutragen, war jedoch durch den Konsensus dokumentiert.

Anders als in der VN-Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[8], deren Maßnahmenkatalog die Entwicklungsländer inzwischen als unzureichend abtun, enthält der Aktionsplan zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung ein besonderes Kapitel über industrielle Entwicklung[9]. Die dort erhobenen Forderungen richten sich in allgemeiner Form vor allem darauf, den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion zu erhöhen, insbesondere durch die Förderung von Anlagen zur Umwandlung von Roh- und Grundstoffen in den Ländern, die über solche Rohmaterialien verfügen. In dieser allgemeinen Fassung machten die dort festgelegten Grundsätze auch den Industrieländern keine Schwierigkeiten. Es war jedoch klar, daß eine Fülle von anderen streitigen Forderungen, die in anderen Teilen des Aktionsplans niedergelegt sind, einen unmittelbaren Bezug zu dem Fragenkomplex der Förderung der Industrialisierung der Entwicklungsländer haben. Auch diese Forderungen werden auf der Industrialisierungskonferenz in Lima erneut auf den Tisch gelegt werden.

Alle VN-Konferenzen, die nach der 6. Sondergeneralversammlung stattgefunden haben, waren in gewisser Weise Fortsetzungen dieser Sonderkonferenz. Das gilt ebenso für die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest wie für die Welternährungskonferenz in Rom. Immer wurde versucht, die erstrebte neue Weltwirtschaftsordnung für einen bestimmten Teilbereich zu konkretisieren und ihrer Verwirklichung näher zu bringen. Dasselbe ist von der UNIDO-Konferenz in Lima zu erwarten.

IV. Vorarbeiten für die Konferenz nähern sich dem Abschluß

In fünf Tagungen des Vorbereitenden Ausschusses, in dem 45 Staaten, viele Beobachterdelegationen und fachlich betroffene internationale Organisationen mitarbeiten, wurden Richtlinien für die Konferenzdokumentation erarbeitet, die inzwischen fast vollständig vorliegt. Nach der Klärung technischer und organisatorischer Einzelheiten wurden erste vorsichtige Versuche unternommen, die Sachpositionen abzustecken. Doch bisher blieb alles unverbindliches Vorgeplänkel. Viele der Positionen sind ohnehin aus Auseinandersetzungen in anderen VN-Gremien hinreichend bekannt, die nur kurze Zeit zurückliegen.

Die verschiedenen Ländergruppen[10] waren zunächst bestrebt, auf regionaler Basis gemeinsame Konzepte zu erarbeiten. So fanden in Afrika, Asien und Lateinamerika regionale Vorkonferenzen auf Ministerebene statt. Auch die arabischen Industrieminister koordinierten ihre Haltung in einer besonders diesem Zweck gewidmeten Tagung. Bei allen diesen Treffen kam es zur Verabschiedung gemeinsamer Deklarationen und Aktionsprogramme für die betroffene Region[11] zwecks Abstimmung der Verhandlungspositionen für Lima. Die Positionen unterscheiden sich nicht wesentlich voneinander. Den realistischen Flügel bilden die Asiaten, den radikalen die Lateinamerikaner. Quantifizierte Zielsetzungen für einen höheren Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion sind fast allen Deklarationen gemeinsam. Neben den immer wiederkehrenden Forderungen nach einer gerechteren internationalen Arbeitsteilung im Rahmen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung werden von den Industrieländern Konzessionen in allen für die Industrialisierung wichtigen Bereichen wie Marktzugang, Strukturanpassung, Finanz- und Technische Hilfe, Technologietransfer, Umweltschutz usw. erwartet.

Während der Dezembertagung 1974 des Vorbereitenden Ausschusses in Wien einigte sich die ›Gruppe 77‹, in der eine Reihe von Ländern durch Minister vertreten waren, auf ein gemeinsames Positionspapier mit bereits ausformulierten Grundsätzen für die Industrialisierung der Entwicklungsländer und einen detailierten Aktionsplan für die künftige internationale Kooperation. Lediglich Vorschläge für die künftige institutionelle Ausgestaltung der UNIDO fehlen. Diese sollen zu einem späteren Zeitpunkt folgen. Dieses konsolidierte Potisionspapier basiert zwar auf den regional erarbeiteten Deklarationen und Aktionsplänen, geht aber inhaltlich weit darüber hinaus. Es enthält fast den vollen Katalog von z. T. extremen Forderungen, die von den meisten Industrieländern schon in anderen VN-Verhandlungsgremien nicht akzeptiert wurden.

Die westlichen Industrieländer haben relativ spät begonnen, eine gemeinsame Verhandlungsposition aufzubauen. Im November 1974 wurde im Rahmen der OECD in Paris ein abgestimmter Diskussionsbeitrag erarbeitet, der sich ebenfalls mit den Grundsätzen für die Industrialisierung befaßt und vorläufige Elemente für den angestrebten Aktionsplan enthält. Die Arbeiten an diesem Beitrag, die gleichzeitig der Koordinierung der nationalen Haltungen diente, wurden während der Tagung in Wien fortgesetzt. Es gelang, Einigkeit über ein gemeinsames Papier zu erzielen. Die Bemühungen um Solidarität in der Gruppe der Industrieländer, führten dazu, daß in den neuralgischen Bereichen lediglich die bekannten Positionen neu umschrieben wurden. Doch sind auch einige wenige Ansätze für neue Kompromisse vorhanden. Die osteuropäischen kommunistischen Länder arbeiten auch an einer gemeinsamen Linie. Bisher wurde jedoch noch kein schriftlicher Beitrag vorgelegt.

Während die westlichen Industrieländer ihren Beitrag während der letzten Tagung des vorbereitenden Ausschusses sofort offiziell in die Diskussion einführten, ließ die ›Gruppe 77‹ wenig Bereitschaft erkennen, bereits zu diesem Zeitpunkt in konkrete Verhandlungen über das eigene Positionspapier einzutreten, das den anderen Delegationen lediglich inoffiziell zugänglich gemacht wurde. Sie beschlossen, auf einer Ministerkonferenz in Algier Mitte Februar 1975 die endgültige Verhandlungslinie festzulegen. Damit entfällt praktisch die Möglichkeit, noch vor Lima den Dialog über die substantiellen Differenzen aufzunehmen und Kompromißvorschläge zu diskutieren. Denn die letzte Tagung des vorbereitenden Ausschusses fand Ende Januar 1975 statt. Beharren die Entwicklungsländer auf dieser Haltung, deuten die Zeichen auf Konfrontation.

V. Die Position der ›Gruppe 77‹

Grundsätzlich erkennen die Entwicklungsländer an, daß die Hauptverantwortung für die eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung von ihnen selbst getragen werden muß. Das Bestreben nach ›self-reliance‹, deren Bedeutung den anderen vor allem von China immer wieder eingehämmert wird, findet u. a. in vielen programmatischen Erklärungen zur Förderung der Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander seinen Ausdruck. Den Entwicklungsländern ist auch bewußt,

daß der Stellenwert der Industrialisierung im Entwicklungsprozeß je nach erreichtem Entwicklungsstand und dem Vorhandensein natürlicher Gegebenheiten in den einzelnen Ländern verschieden sein muß. Über die vorrangige Bedeutung der Agrarproduktion brauchen sie nicht belehrt zu werden. So wird vor allem der Weiterverarbeitung von agrarischen Rohstoffen und der Entwicklung von Industrien, die in irgendeiner Weise der Förderung der Nahrungsmittelerzeugung dienen, hohe Priorität zugemessen.

Die Argumentation der Entwicklungsländer geht von den in der Tat sehr geringen Anteil an der Weltindustrieproduktion aus[12], und führt zu der Forderung, daß bis zum Jahre 2000 dieser Anteil auf 25 v. H. wachsen müsse. Dieses Ziel soll durch eine Fülle von konkreten Förderungsmaßnahmen auf nationaler und internationaler Basis erreicht werden. Die Entwicklungsländer sind sich bewußt, daß eine wesentliche Veränderung der vorgegebenen globalen Industriestruktur nur durch neue Formen der Kooperation mit den Industrieländern erreicht werden kann. Andererseits spüren sie deutlich die Zurückhaltung auf seiten der Industrieländer, zielstrebig Anpassungen in den eigenen Strukturen zu fördern. Aus diesem Grunde drängen sie auf die Schaffung eines Systems kontinuierlicher Verhandlungen und Konsultationen mit den entwickelten Ländern, die die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung erleichtern sollen.

Das wachsende Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer gründet sich auf die Erkenntnis, daß viele Industrieländer für die Fortsetzung des eigenen industriellen Wachstums auf die ständige Versorgung mit Rohstoffen angewiesen und deshalb verwundbar sind. Im Zusammenhang hiermit steht die wiederholte Forderung nach bedingungsloser Anerkennung der nationalen Souveränität der Entwicklungsländer über ihre natürlichen Hilfsquellen einschließlich des Rechts auf Verstaatlichung nach den Regeln nationalen Rechts. Gleichzeitig versuchen sie mit aller Macht ihre Verhandlungsposition gegenüber den Industrieländern aufzuwerten. Zu diesem Zweck sollen alle Möglichkeiten geprüft werden, die Arbeitsweise bestehender Produzentenvereinigungen zu stärken, neue Vereinigungen dieser Art für die Hauptgrundstoffe zu gründen und eine Koordinierung dieser Vereinigungen untereinander zu fördern. Zweifellos schwebt den Entwicklungsländern hier das erfolgreiche Beispiel der OPEC vor. Einige Versuche ähnlicher Art wurden in letzter Zeit für die Rohstoffe Phosphat, Kupfer und Bauxit bekannt. Ob sie den von den Entwicklungsländern erhofften Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten.

Ganz deutlich wird immer wieder das Mißtrauen der Entwicklungsländer gegenüber den großen multinationalen Gesellschaften und deren weltweiter Machtentfaltung. Hier fordern sie, daß die Tätigkeit dieser Gesellschaften sowohl im Gastland wie im Heimatland dieser Gesellschaften wirksamen Kontrollen unterworfen werden, damit sichergestellt wird, daß sie ihre Aktivitäten mit der Entwicklungspolitik des Gastlandes in Einklang bringen.

Um zu verhindern, daß sich die ›terms of trade‹ weiter verschlechtern, wird erneut die bereits bekannte Forderung nach der Herstellung eines gerechten Verhältnisses zwischen den Preisen für die von ihnen exportierten Rohstoffe und den von ihnen benötigten Importgütern erhoben. Vor allem sind sie der Überzeugung, daß ein völlig uneingeschränktes, freies Spiel der Marktkräfte kein geeignetes Mittel ist, auf globaler Basis den Industrialisierungsprozeß in den Entwicklungsländern zu fördern und eine gerechtere internationale Arbeitsteilung zu erreichen. So sind in dem breitgefächerten Forderungskatalog dirigistische Maßnahmen unverkennbar. U. a. drängen die Entwicklungsländer darauf, daß die Industrieländer folgende Forderungen akzeptieren:

1. Marktaufteilungsprogramme mit dem Ziel, die Importe für Halb- und Fertigwaren zu erhöhen, die für Entwicklungsländer von Interesse sind.
2. Antizipatorische Strukturanpassungsmaßnahmen, damit unwirtschaftliche oder ineffiziente Industrien in den entwickelten Ländern schneller verschwinden.
3. Transfer ausgewählter Produktionskapazitäten in Entwicklungsländer und die Verhinderung des Aufbaus neuer derartiger Industrien in den Industrieländern, um so die

Bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland wurde der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dr. Kurt Waldheim, von Bundespräsident Walter Scheel zu einem ausführlichen Gespräch empfangen (5. Februar), bei dem in offener und freundschaftlicher Atmosphäre die Arbeit der Vereinten Nationen erörtert wurde. Der Bundespräsident versicherte dem Generalsekretär, daß die Bundesrepublik Deutschland sich mit allen ihren Kräften für die Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen, insbesondere auch in den Vereinten Nationen, einsetzen werde. — Von links nach rechts: Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim, Frau Dr. Scheel, Frau Waldheim und Bundespräsident Walter Scheel.

Errichtung solcher Verarbeitungskapazitäten in den Entwicklungsländern zu fördern.
4. Geeignete Maßnahmen zur Vermeidung der Herstellung von synthetischen Substitionsprodukten, die den Marktzugang von wettbewerbsfähigen Naturprodukten aus Entwicklungsländern behindern können.

Im finanziellen Bereich zielen die Forderungen der Entwicklungländer auf einen erhöhten Resourcentransfer für die industrielle Entwicklung ab. Dazu sollen u. a. auch die Entwicklungsländer mit erheblichen Zahlungsbilanzüberschüssen beitragen. U. a. wird gefordert:

1. Reduzierung der Rüstungsausgaben der entwickelten Länder und Einsatz eines Teils der so freigewordenen Mittel für die industrielle Entwicklung der Entwicklungsländer.
2. Schaffung eines neutralen internationalen Fonds, in den Zahlungen aus Entwicklungsländern (Ölländer) und in mindestens gleicher Höhe von Industrieländern geleistet werden sollen.
3. Erhöhung der finanziellen Leistungen der Industrieländer, damit so schnell wie möglich das bekannte Volumenziel von 1 v. H. des BSP (davon 0,7 v. H. öffentliche Hilfe) erreicht wird.
4. Erhöhung der finanziellen Beiträge zu internationalen Organisationen und an Regierungen sowie Kreditinstitute in Entwicklungsländern speziell zum Zwecke einer Förderung der industriellen Entwicklung.

Diese besonders erwähnten Forderungen erschöpfen den Katalog nicht. Daneben finden sich viele bekannte Forderungen, wie der totale Abbau tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse, Erweiterung und Verbesserung des allgemeinen Zollpräferenzsystems für Entwicklungsländer, schnelle Verabschiedung eines Verhaltenskodex für multinationale Gesellschaften, für Linienkonferenzen und für den Transfer von Technologie. Außerdem wird die Rücknahme von Vorbehalten gegenüber früheren VN-Entschließungen gefordert sowie die volle Anwendung der ›Charter on Economic Rights and Duties‹, deren Annahme in einer Kampfabstimmung gegen Ende der 29. VN-Generalversammlung durchgesetzt wurde[13].

VI. Industrieländer mit dem Rücken zur Wand

Der Ablauf der 6. Sondergeneralversammlung der VN im April 1974 und das dort verabschiedete, wenn auch noch mit vielen Vorbehalten behaftete Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung haben auch den hartnäckigsten Industrieländern klar gemacht, daß die neue weltwirtschaftliche Gesamtsituation auch veränderte Verhandlungspositionen in den großen multilateralen Gremien wie bei den VN mit sich gebracht hat. Eine rein ablehnende Haltung ohne den Versuch konstruktiver Kompromißvorschläge könnten sich wirtschaftlich nur solche Länder leisten, die ökonomisch weitgehend autark sind. Doch selbst diese scheuen die politische Isolation in den Vereinten Nationen. Im Prinzip stehen die westlichen Industrieländer dem Bestreben der Entwicklungsländer, sich einen größeren Anteil an der Weltindustrieproduktion zu sichern — insbesondere durch Weiterverarbeitung der dort vorhandenen Rohstoffe — durchaus aufgeschlossen gegenüber. Trotz der grundsätzlichen positiven Einstellung lehnen die Industrieländer jedoch fast alle die Fixierung eines quantifizierten Zieles für den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion für das Jahr 2000 ab, da es an sicheren makroökonomischen Bezugsgrößen für eine solche Zielsetzung, die rein politisch zu verstehen ist, völlig fehlt. Sie fürchten gleichzeitig, daß die Anerkennung einer solchen Zielgröße von den Entwicklungsländern dazu benutzt werden könnte, eine Einschränkung des industriellen Wachstums in den Industrieländern zu fordern, damit das gesteckte Ziel auch erreicht werden kann. Überhaupt werden die Forderungen nach radikalen Änderungen in den Industriestrukturen mit dem Ziel einer gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung mit größter Skepsis und Zurückhaltung aufgenommen. Die meisten westlichen Industrieländer schwören auf die weitestgehende Erhaltung der Kräfte des internationalen Marktes, die die zwangsläufigen Veränderungen in der internationalen Wirtschaftsordnung von selbst herbeiführen sollen. Aus diesem Grunde lehnen z. B. die meisten Industrieländer antizipatorische Strukturanpassungsmaßnahmen ab und erklären sich allenfalls bereit, das Absterben solcher Industrien, die sich unter dem Druck stärkerer Importe von Konkurrenzprodukten aus Entwicklungsländern als nicht mehr lebensfähig erweisen, nicht etwa durch Erhaltungssubventionen zu stützen. Dabei darf man jedoch nicht übersehen, daß gerade in einigen sensitiven Bereichen bestehende Importbeschränkungen derartige Entwicklungen verhindern.

Viele der Forderungen der Entwicklungsländer berühren jedoch wirklich die Kernsubstanz des marktwirtschaftlich orientierten Systems. Sicherlich ist eine global geplante Aufteilung von Industrieproduktionen und ein darauf basierender Transfer ausgewählter Produktionskapazitäten in die Entwicklungsländer nicht realisierbar. Ebensowenig können Marktaufteilungsprogramme mit Absatzgarantien die Lösung sein. Auch kann der Staat nicht die Produktion von synthetischen Substitionsprodukten verhindern, damit die wettbewerbsfähigen Naturprodukte aus Entwicklungsländern größere Absatzchancen erhalten. Staatliche Kontrollen der Tätigkeit von multinationalen Gesellschaften in ihrem Heimatland sind in der geforderten Form auch nicht mit den westlichen Wirtschaftssystemen vereinbar.

Die Möglichkeiten, die finanziellen Leistungen für die Entwicklungsländer wesentlich zu steigern, sind z. Z. mit Rücksicht auf das stagnierende Wirtschaftswachstum sehr begrenzt. Die Erreichung des 1 v. H.-Zieles für die Gesamthilfe ist für viele traditionelle Geberländer in weite Ferne gerückt. Noch schwieriger ist es, die 0,7 v. H. vom BSP für die öffentliche Hilfe zu erreichen[14]. Hinzukommt, daß die Erreichung dieser Ziele von den Entwicklungsländern lediglich als die längst überfällige Erfüllung früher übernommener Verpflichtungen angesehen würde und nicht etwa als ein besonderes Entgegenkommen. Es sei denn, es handelt sich um wesentliche zusätzliche Beiträge für neu zu gründende internationale Fonds wie z. B. den angestrebten Industrie-Entwicklungsfonds der UNIDO.

Zugeständnisse im Handelsbereich sind in Lima schon deshalb nicht zu erwarten, weil die Industrieländer den angelaufenen multilateralen Handelsverhandlungen im GATT nicht vorgreifen und verhindern wollen, daß diese komplexe Problematik nicht im falschen institutionellen Rahmen erörtert wird. Ähnliches gilt für die Währungsfragen.

Es bleiben also vor allem die Überlegungen zur Verstärkung der industriellen Kooperation mit dem Ziele einer Erweiterung und Vertiefung der industriellen Arbeitsteilung. Hier zeigt sich bei den Industrieländern ein verständliches Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, die über lebenswichtige Rohstoffe verfügen. Doch dürfen die weniger begünstigten Entwicklungsländer dabei nicht auf der Strecke bleiben. Vielleicht lassen sich die Rahmenbedingungen für eine Intensivierung der industriellen Kooperation auf multilateraler Ebene festlegen. Dies könnte jedoch nur in sehr allgemeiner Form geschehen. Im konkreten Einzelfall müsen die Bedingungen auf Unternehmensebene ausgehandelt werden.

Aufgeschlossen zeigen sich die Industrieländer gegenüber dem Interesse nach stärkerem Informationsaustausch und nach Konsultationen, soweit sie auf die größere Transparenz der Entwicklung von Angebot und Nachfrage, der Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren und deren Kosten sowie der Investitionsbedingungen abzielen. Einem institutionalisierten glo-

balen Konsultations- und Verhandlungsmechanismus lehnen sie jedoch überwiegend ab.

Die kommunistischen Industrieländer des Ostblocks sind bisher über die Verbreitung ihrer gewohnten politischen Polemik kaum hinausgediehen. Konstruktive Vorschläge für eine Verbesserung der sachlichen Zusammenarbeit blieben aus. Die bekannten Thesen von der kolonialistischen und neokolonialistischen Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die kapitalistischen Industrieländer und von deren alleiniger Verantwortung zur Wiedergutmachung, sind Versuche, von der eigenen mangelnden Leistungsbereitschaft abzulenken, und werden von den meisten Entwicklungsländern auch so gewertet.

VII. Bescheidene Rolle der UNIDO im Industrialisierungsprozeß

Das Sekretariat der UNIDO hat die Aufgabe, diese weltweite Industrialisierungskonferenz organisatorisch vorzubereiten und in enger Zusammenarbeit mit anderen VN-Organisationen die sehr weit gefaßte Tagesordnung gründlich zu dokumentieren. Aber darin erschöpft sich die Arbeit nicht. Das Sekretariat hat außerdem bei den regionalen Treffen der Entwicklungsländer unterstützend eingegriffen und versucht, auf die Ausarbeitung von Prinzipien für die Industrialisierung der Entwicklungsländer und bei der Aufstellung eines Aktionsplans durch eigene Vorschläge und Initiativen mitgestaltend einzuwirken. Hierbei neigte das Sekretariat dazu, vorwiegend die Position der Entwicklungsländer zu vertreten. Man kann allerdings vom Sekretariat der UNIDO kaum erwarten, die Rolle eines neutralen Vermittlers zwischen den verschiedenen Ländergruppen zu spielen, denn bis zu einem gewissen Grade ist sie selbst Partei in dieser Auseinandersetzung. Wenn auch die zu erwartenden Beschlüsse der Konferenz teilweise in Bereiche fallen werden, bei denen Nachfolge- und Durchführungsmaßnahmen außerhalb der Kompetenz der UNIDO liegen, so erwartet das Sekretariat doch von der Konferenz eine erhebliche Aufwertung der Rolle der UNIDO im Kräftespiel der internationalen Organisationen.

Bisher war die UNIDO vorwiegend auf die Abwicklung von Technischen Hilfeprogrammen im Industriebereich als Durchführungsorgan des Entwicklungsprogramms der VN (UNDP) beschränkt. Die Auswirkungen dieser Tätigkeit waren zwar nützlich, aber eher marginal, mißt man sie an dem Volumen aller industriellen Aktivitäten in den Entwicklungsländern. Das der UNIDO für operationelle Hilfsmaßnahmen zur Verfügung stehende Finanzvolumen liegt kaum höher als 25 Mio. Dollar jährlich. Wenn auch eine Reihe von Aktivitäten, die aus dem regulären Budget bestritten werden, den Entwicklungsländern mittelbar zugutekommen, so bleibt doch bisher der Eindruck eines fatalen Mißverhältnisses zwischen dem administrativen Aufwand und den sichtbaren Ergebnissen der Arbeit[15].

Die im vergangenen Jahr weitgehend abgeschlossenen Bemühungen, eine langfristige Strategie der UNIDO zu entwickeln, leiteten eine gewise Neuorientierung der Aktivitäten ein. In Zukunft soll die UNIDO stärker als bisher an der Lösung von Grundsatzproblemen mitwirken, die sich den Entwicklungsländern beim Aufbau eigener Industrien stellen. Vor allem soll eine stärkere Beratung bei der Entwicklung geeigneter Industrialisierungsstrategien auf nationaler und regionaler Basis durchgeführt werden. Das bedarf einer gewissen Ausweitung der Studientätigkeit, die gleichzeitig dazu führen soll, daß die UNIDO einen substantiellen Beitrag zur Formulierung der Industriekomponente der UNDP-Länderprogramme zu leisten vermag. Dieser neue Akzent im langfristigen Arbeitsprogramm der UNIDO wird von der Lima-Konferenz bestätigt werden[16].

Das Sekretariat erwartet jedoch mehr, nämlich eine erhebliche Ausweitung des bisher begrenzten Aktionsradius im Industrialisierungsprozeß. Die vom Sekretariat entwickelten, ehrgeizigen Pläne zum Aufbau eines umfassenden Konsultationsmechanismus über die Möglichkeiten industrieller Kooperation zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern sehen gleichzeitig die UNIDO als Mittler und Organisator für diese Konsultationen vor. Ob allerdings diese Erwartungen erfüllt werden, ist zweifelhaft. Auch bei vielen Entwicklungsländern bestehen Bedenken, ob eine VN-Organisation dieser Art das beste Forum für derartige Konsultationen ist, deren Nützlichkeit in gewissen Grenzen auch von den Industrieländern anerkannt wird.

Außerdem hofft die UNIDO darauf, daß die Gründung eines Fonds für industrielle Entwicklung beschlossen und dessen Verwaltung dem Sekretariat übertragen wird. Mit einem solchen Beschluß ist auch zu rechnen, wenngleich die administrative Ausgestaltung eines solchen Fonds noch nicht klar konzipiert ist. Zweifelhaft bleibt jedoch, ob ein solcher Fonds mit namhaften Beiträgen seitens der potentiellen Geberländer (Industrie- und Ölländer) rechnen kann. Die traditionellen Geberländer ziehen es vor, ihre finanziellen Leistungen — soweit multilaterale Institutionen in Betracht kommen — über die bewährten Organisationen wie Weltbankgruppe und UNDP zu schleusen. Ob sie sich im Falle namhafter Beiträge aus den Ölländern bereitfinden werden, ähnliche Zuwendungen an einen derartigen Fonds zu machen, ist eher unwahrscheinlich. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß auf Betreiben der Entwicklungsländer der Algerier Khene zum neuen Exekutivdirektor der UNIDO bestellt worden ist. Khene war zwei Jahre lang Generalsekretär der OPEC.

Schließlich werden in Lima auch die institutionellen Probleme der UNIDO geprüft. Hierbei handelt es sich vor allem um das Problem, wie der UNIDO mehr administrative Autonomie verschafft werden kann[17]. Über das Prinzip besteht weitgehende Einigkeit. Während die Industrieländer stärkere Autonomie auch im Rahmen der gültigen Gründungsresolution für durchsetzbar halten, gibt es starke Kräfte unter den Entwicklungsländern, die die UNIDO in eine echte VN-Sonderorganisation mit voller Autonomie umwandeln wollen. Hier scheiden sich die Geister.

VIII. Kooperation oder Konfrontation

Die Erfolgsaussichten dieser Konferenz sind schwer abzuschätzen, zumal die Maßstäbe dafür, was als Erfolg zu bezeichnen wäre, unterschiedlich sein dürften. Es wäre zu wünschen, daß wenigstens einige Ergebnisse erzielt werden, die zu praktischen Maßnahmen führen und den Industrialisierungsprozeß der Entwicklungsländer wie auch die engere Kooperation zwischen ihnen und den Industrieländern in West und Ost wirklich zielstrebig fördern. Dazu bedarf es aber seitens der Entwicklungsländer einer Besinnung auf die gewachsenen Realitäten, die sich nicht über Nacht durch Kampfabstimmungen über revolutionierende VN-Resolutionen in das Gegenteil verkehren lassen. Änderungen in der weltwirtschaftlichen Struktur werden kommen. Die Anfänge sind bereits deutlich sichtbar. Aber sie werden sich allmählich entwickeln und können nicht kurzfristig erzwungen werden. Die weltwirtschaftliche Situation ist kritisch genug. Eine weitere Verschärfung durch leichtfertige Ausübung von plötzlich erworbener, wirtschaftlicher Macht seitens priviligierter Rohstoffländer könnte zu katastrophalen Folgen für die gesamte Weltwirtschaft führen, die auch den Großteil der Entwicklungsländer mit aller Härte treffen würden. Diese Erkenntnis sollte sich auch bei den Entwicklungsländern durchsetzen, die meinen, sie hätten z. Z. nichts zu verlieren.

Aber auch auf seiten der Industrieländer muß der durch die jüngsten Entwicklungen in Gang gesetzte Prozeß des Umdenkens bewußt gefördert werden. Versuche, die alten Positionen um jeden Preis weiter zu zementieren und möglichst lange zu

halten, werden sich langfristig als kurzsichtige Politk erweisen. Noch schlimmer wären Rückfälle in nationalen Protektionismus. Angesichts vieler bekannter Korrekturen des Marktmechanismus auch in den westlichen Industrieländern, wirken ihre Plädoyers für die ›reine Lehre‹ vom freien Spiel der Kräfte des Weltmarktes nicht immer glaubwürdig. Auch kooperationswillig klingende Festreden werden nicht ausreichen, um die Entwicklungsländer davon zu überzeugen, daß die Erkenntnis von der weltwirtschaftlichen Interdependenz auch den politischen Willen zur solidarischen Zusammenarbeit in Partnerschaft mit sich gebracht hat. Es gilt jetzt, mit Phantasie, Mut und Realismus Vorwärtsstrategien zu entwickeln, die der neuen Situation angepaßt sind. Dabei wird auch in den Industrieländern die Säkularisierung einiger ›heiliger Kühe‹ nicht ausbleiben können. Wichtig ist auch eine Sensibilisierung der öffentlichen Meinung für diese aktuelle Problematik, um beizeiten das Verständnis für erforderliche wirtschaftspolitische Maßnahmen zu wecken, die möglicherweise die Interessen einzelner Gruppen empfindlich treffen könnten. Positive Ansätze für neue Formen der Zusammenarbeit zeigen die Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaft mit den AKP-Staaten und den Magreb-Ländern. Auch die Versuche, mit Dreieckskooperation die Ölländer in die Verantwortung zu ziehen, sind erfolgversprechend, wenn auch nicht global verwendbar.

Eine weltweite VN-Konferenz, welche Beschlüsse — mehrheitlich erzwungen oder im Konsensus verabschiedet — sie auch erbringen mag, schafft keine neue Industrieproduktion. Sie schafft auch keine neue internationale Wirtschaftsordnung für den Industriebereich. Ein konstruktiver internationaler Dialog zwischen allen beteiligten Gruppen kann jedoch wirkungsvoll dazu beitragen, die Bereiche gemeinsamen Interesses und die Möglichkeit für realistische kooperative Aktionen näher zu definieren, dieser Dialog muß jedoch von dem Willen getragen sein, für alle Beteiligte tragbare Kompromisse zu schaffen, die auch im Heimatstaat politisch vertreten werden können. Erst damit wird die Aussicht geschaffen, daß den VN-Beschlüssen auch geeignete innerstaatliche Maßnahmen folgen werden, die zur Förderung neuer Entwicklungen beitragen. Es wäre zu wünschen, daß die Auseinandersetzungen vor und in Lima von diesem Geist getragen werden.

Die radikale Demonstration von mehrheitlich ausgeübter Macht in VN-Gremien, wie sie in letzter Zeit mehrfach erfolgte, und die totale Ignorierung maßgeblicher Minderheiten, die zudem noch diese Weltorganisation finanziell tragen, würde langfristig auch den Entwicklungsländern schaden. Diese Art der Konfrontation rührt an die Grundfesten der Vereinten Nationen, die sich trotz aller berechtigter Kritik, durchaus als ein brauchbares Instrument zur Förderung der internationalen weltweiten Kooperation erwiesen haben.

Anmerkungen

1 Bezüglich Arbeitsweise und organisatorischer Struktur der UNIDO vgl. Kurth, Eberhard: Vereinte Nationen fördern industriellen Aufbau in Entwicklungsländern — Neue UN-Organisation für industrielle Entwicklung, in VN 16. Jg. (1967) Heft 3, S. 83 ff. und S. 100 f.; ders.: Arbeit der UNIDO gewinnt Konturen — UN-Organisation für industrielle Entwicklung leitet Phase der Konsolidierung ein, in VN 17. Jg. (1968) Heft 3, S. 75 ff.; ferner Handbuch der Entwicklungshilfe, Abschnitt III A 58; Kurth, Eberhard: UNIDO, eine neue Initiative zugunsten der Entwicklungsländer, in Europa Archiv, Folge 9, 1969; Ungerer, Werner: VN-Organisation für industrielle Entwicklung, in Außenpolitik 2/72.
2 Dok.ID/SCU/4 v. 2. 7. 1971.
3 Vgl. A/Res/2952 (XXVII) v. 19. 12. 1972.
4 Vgl. Bericht über die 7. Tagung des Rates für industrielle Entwicklung, Dok.ID/B/136 S. 13 ff.
5 Vgl. A/Res/3087 (XXVIII) v. 28. 12. 1973.
6 MSA = most seriously affected; es handelt sich um die Entwicklungsländer, die von der Wirtschaftskrise besonders hart getroffen wurden. Vgl. von den VN aufgestellte Liste in UN-Dok.A/9828, Annex I.
7 Vgl. A/Res/3201 (S-VI) und A/Res/3202 (S-VI).
8 Vgl. A/Res/2626 (XXV) vom 24. 10. 1970.
9 Vgl. A/Res/3202 (S-VI) Abschnitt III.
10 Das Gruppensystem ist in der UNIDO nach UNCTAD-Muster institutionalisiert: Gruppe A = afrikanische und asiatische Entwicklungsländer; Gruppe B = westliche Industrieländer (OECD), Gruppe C = lateinamerikanische Entwicklungsländer; Gruppe D = kommunistische Länder Osteuropas; von einigen Ausnahmen abgesehen bilden die Gruppen A und C zusammen die sog. ›Gruppe 77‹.
11 Vgl. Dok.ID/CONF.3/Cap 1 und Add. 1.
12 Der Anteil von 7 vH für alle Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion teilt sich auf in 0,6 vH für Afrika, 2,6 vH für Asien und 3,8 vH für Lateinamerika. Vgl. hierzu Dok.ID/B/C.3/27 und den Industrial Development Survey Dok.ID/Conf.3/2, der in Lima vorgelegt wird.
13 Die meisten westlichen Industrieländer haben dagegen gestimmt oder sich der Stimme enthalten.
14 Z. B. liegt die BR Deutschland z. Z. bei 0,32 vH für die öffentliche Hilfe.
15 Vgl. hierzu Kurth, aaO (Anm. 1) und Ungerer aaO (Anm. 1).
16 Bezügl. der langfristigen Strategie der UNIDO vgl. Dokumente ID/B/133 und 142 sowie Resolution des Rates für industrielle Entwicklung Nr. 42 (VIII) in ID/B/144.
17 Vgl. UN-Dok.A/C.5/1616 v. 11. 10. 1974.

Vereinte Nationen und Sozialpolitik

RUDOLF ECHTERHÖLTER

Das 20. Jahrhundert ist sozialpolitisch geprägt. Das nimmt nicht wunder, wenn man sich zweierlei vor Augen hält:

1. Ausgangspunkt und geistiger Motor moderner Sozialpolitik ist die Idee der Gleichheit, was immer man im einzelnen darunter verstehen mag. Der Gleichheitssatz ist gewissermaßen das sozialpolitische Grundrecht par excellence. Moderne Sozialpolitik läßt sich deshalb griffig und einleuchtend auf die Kurzformel bringen: mehr soziale Gerechtigkeit.
2. Ein Urteil darüber, in welchem Ausmaße Gleichheit und soziale Gerechtigkeit verwirklicht sind und in welchem Umfange sie noch fehlen, setzt Vergleiche voraus: mit anderen Zeiten, mit anderen Ländern und anderen Gruppen von Menschen. Je stärker sich das Bewußtsein wirklicher und scheinbarer Ungleichheiten oder sozialer Ungerechtigkeiten ausbreitet, desto stärker werden die auf Änderung dieser Zustände gerichteten Impulse.

Nun ist unser Jahrhundert dadurch gekennzeichnet, daß die Menschen auf der Erde einander näher gerückt sind: eine wachsende Zahl von Zeitgenossen hat die Möglichkeit, ferne Länder und Kontinente aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Was heute nachmittag auf der anderen Seite der Erde geschieht, läuft heute abend über unseren Fernsehschirm, und die traditionellen Formen diplomatischer Kontakte zwischen den Staaten werden heute ergänzt durch ein engmaschiges Netz von Begegnungen im Rahmen der Reisediplomatie und im Zusammenhang mit dem Wirken internationaler Organisationen und mit internationalen Konferenzen.

Hierbei spielen die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle. Man kann sie zwar nicht als eine spezifisch sozialpolitische Organisation bezeichnen, wie es etwa die Internationale Arbeitsorganisation ist; im Rahmen ihrer globalen Aufgabenstellung spielt aber die Sozialpolitik eine wichtige Rolle. Das rechtfertigt es, hierauf einzugehen, nachdem die Bundesrepublik Deutschland seit Herbst 1973 Mitglied der Vereinten Nationen und im besonderen ihres Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) ist.

Sozialpolitische Aufgaben der Vereinten Nationen

Der Vorgänger der Vereinten Nationen, der Genfer Völkerbund, hatte wenig sozialpolitische Kompetenzen. Immerhin verpflichteten sich seine Mitglieder u. a. dazu, »angemessene und menschliche Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder zu schaffen«, und es darf nicht übersehen werden, daß